

III- 46 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN

Z. 329.643-I/7/76(1)

Internationales Amtssitz- und
Konferenzzentrum Wien A.G. (IAKW),
5. Bericht an den Nationalrat über
die Tätigkeit im Geschäftsjahr 1975.

An den
Präsidenten
des Nationalrates

W i e n

| | |
|-----------------------------|---------------------------|
| REPUBLIK ÖSTERREICH | |
| Präsidium des Nationalrates | |
| ZI. | <u>III-46 d. B.-NR/76</u> |
| BI. | <u>0</u> |
| Datum | <u>1976 -09- 20</u> |

Unter Bezugnahme auf die Entschließung des Nationalrates vom 27. April 1972, betreffend jährliche Berichte zu dem genannten Gegenstand, lege ich hiemit dem Nationalrat im Anschluß an meinen Vorbericht vom 6. März 1976, Zahl 302.171-I/7/76, den Bericht über die Tätigkeit der Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien A.G. im Jahr 1975 vor.

Von dem angeschlossenen Geschäftsbericht können den Abgeordneten zum Nationalrat und den Mitgliedern des Bundesrates bei Bedarf weitere Exemplare zur Verfügung gestellt werden. Der Gesellschaft geht u.e. der Auftrag zu, die erforderliche Zahl von Berichtsexemplaren direkt der Kanzlei des Nationalrates zuzustellen.

Die Arbeiten an den Bauvorhaben, die es nach dem Unternehmenszweck für die internationalen Organisationen zu realisieren gilt, sind im Berichtsjahr zügig vorangeschritten und haben nach weitgehendem Abschluß der Rohbauphase stufenweise das Ausbaustadium erreicht.

Von den Auftragsvergaben im Jahre 1975 sind jene der luft-, heiz- und kühletechnischen Anlagen, der stark-stromtechnischen Anlagen, sowie der Isolierarbeiten hervorzuheben.

Die umfangreichen Investitionen haben auch im Berichtsjahr die Inanspruchnahme des in- und ausländischen Kapitalmarktes erforderlich gemacht, wobei der Bund für die Kredite die Haftung als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB übernommen hat.

./.

- 2 -

Die Summe der bis 31. Dezember 1975 übernommenen Haftungen mit den zum Zeitpunkt der Haftungsübernahmen gegebenen Schillingbeträgen beläuft sich auf S 2.945,738.750,- an Kapital sowie an Zinsen und Kosten.

Einzelheiten der Haftungsübernahme ergeben sich aus meinen Berichten an den Nationalrat vom 10. Oktober 1974, Z. 331.025-15b/74, vom 30. Mai 1975, Z. 316.626-V/2/75, vom 30. Oktober 1975, Z. 333.399-V/2/75 und vom 16. Juni 1976, Z. 321.228-V/2/76.

Durch die Novelle zum IAKW-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 85/1975, sind die Kostenersatzzahlungen des Bundes für die Jahre 1974 und 1975 auf je S 350 Mio erhöht worden. Die in der Bilanz erstmals aufscheinenden "noch nicht realisierten Kostenersätze des Bundes" in Höhe von S 385 Mio sind darauf zurückzuführen, daß der genannte Betrag zwar zu Lasten des Haushaltsjahres 1975 ausgezahlt worden, aber erst nach dem Bilanzstichtag bei der Gesellschaft eingelangt ist.

Der Jahresabschluß zum 31. Dezember 1975 stellt sich zusammengefaßt wie folgt dar:

B i l a n z :

| Aktiva: | in Mio S | Passiva | in Mio S |
|----------------------------|------------------|--|------------------|
| Forderungen an den Bund | 1.322,650 | Grundkapital | 20,000 |
| Anlagevermögen | 542,200 | Gesetzl. Rücklage | 2,000 |
| Umlaufvermögen | 573,341 | Noch nicht realisierte Kostenersätze des Bundes | 385,000 |
| Rechnungsabgrenzung | 44,466 | Rückstellungen | 3,253 |
| | | Verbindlichkeiten | 1.986,279 |
| | | Rechn. Abgrenzung | 86,125 |
| | <u>2.482,657</u> | | <u>2.482,657</u> |
| | ===== | | ===== |

- 3 -

Gewinn- und Verlustrechnung:

| Aufwendungen | in Mio S | Erträge | in Mio S |
|-----------------------|----------------|-----------------------------|----------------|
| Personalaufwand | 9,490 | Kostenersatz durch den Bund | 81,359 |
| Abschreibungen | 0,598 | Verschiedene Erträge | 9,071 |
| Aufwandszinsen | 119,591 | Ertragszinsen | 72,151 |
| Steuern | 0,188 | | |
| Sonstiger Aufwand | 6,117 | | |
| Außerordentl. Aufwand | <u>26,597</u> | | |
| | <u>162,581</u> | | <u>162,581</u> |
| | ===== | | ===== |

Die Forderung auf Kostenersatzzahlungen durch den Bund, deren Entwicklung im folgenden dargestellt wird, hat sich wegen der lebhaften Bautätigkeit der Gesellschaft gegenüber dem vorangegangenen Bilanzstichtag vervielfacht, sie hat auch eine wesentliche Ausweitung der Bilanzsumme bewirkt.

Beim Anlagevermögen überwiegen neuerlich die Anzahlungen, die den ausführenden Firmen geleistet worden sind.

In den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind insbes. die den Zeitraum nach dem Bilanzstichtag betreffenden Anleihe- und Kreditbeschaffungskosten sowie die periodengerechte Abgrenzung der Aufwands- und Ertragszinsen erfaßt.

Die passive Rechnungsabgrenzung bezieht sich auf in den Folgejahren fällige Zinsen.

In der Gewinn- und Verlustrechnung stehen die a.o. Aufwendungen in Höhe von S 26,443 Mio zum Großteil im Zusammenhang mit den in den Jahren 1974 und 1975 eingegangenen Fremdwährungsverbindlichkeiten. Der tatsächliche Verlust aus den eingetretenen Kursveränderungen, der durchaus niedriger als der im Berichtsjahr ausgewiesene Betrag sein kann, wird erst im Lauf des Tilgungs- und Zinsendienstes bestimmbar werden.

Der Jahresabschluß 1975 ist gemäß den Bestimmungen des Aktiengesetzes 1965 geprüft worden, die Prüfer haben einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

- 4 -

Die Verwendung der Kostenersatzzahlung des Bundes gemäß § 2 Abs. 1 und 2 des IAKW-Finanzierungsgesetzes für die bisher aufgelaufenen Kosten der Verwirklichung des Projektes und die Entwicklung der Forderung an den Bund stellen sich wie folgt dar:

| | S | S |
|---|-----------------------|-----------------------|
| Kosten des Bauvorhabens bis Ende 1974 | 949,478.041,06 | |
| weitere Kosten bis Ende 1975 (incl. Abdeckung a.o. Auf- wendungen 1975) | <u>975,375.625,20</u> | 1.924,853.666,26 |
| eigene Einnahmen der Gesell- schaft bis Ende 1974 | 90,982.281,30 | |
| weitere eigene Einnahmen bis Ende 1975 | <u>81,221.290,94</u> | - 172,203.572,24 |
| | | 1.752,650.094,02 |
| Kostenersatzzahlungen des Bundes | | |
| 1972 S 250,000.000 | | |
| 1973 S 250,000.000 | | |
| 1974 S 250,000.000 | | |
| 1975 <u>S 65,000.000</u> | 815,000.000,-- | |
| | | 937,650.094,02 |
| noch nicht realisierte Kostenersätze des Bundes | | <u>385,000.000,--</u> |
| Forderung an den Bund auf Kostenersatz- zahlung am 31. Dezember 1975 | | 1.322,650.094,02 |
| | | ===== |

Der letztgenannte Betrag ist als Aktivum in der vorliegenden Bilanz ausgewiesen.

Er entwickelt sich aus der zum 31. Dezember 1974 ausgewiesenen Forderung an den Bund auf Kostenersatzzahlungen wie folgt:

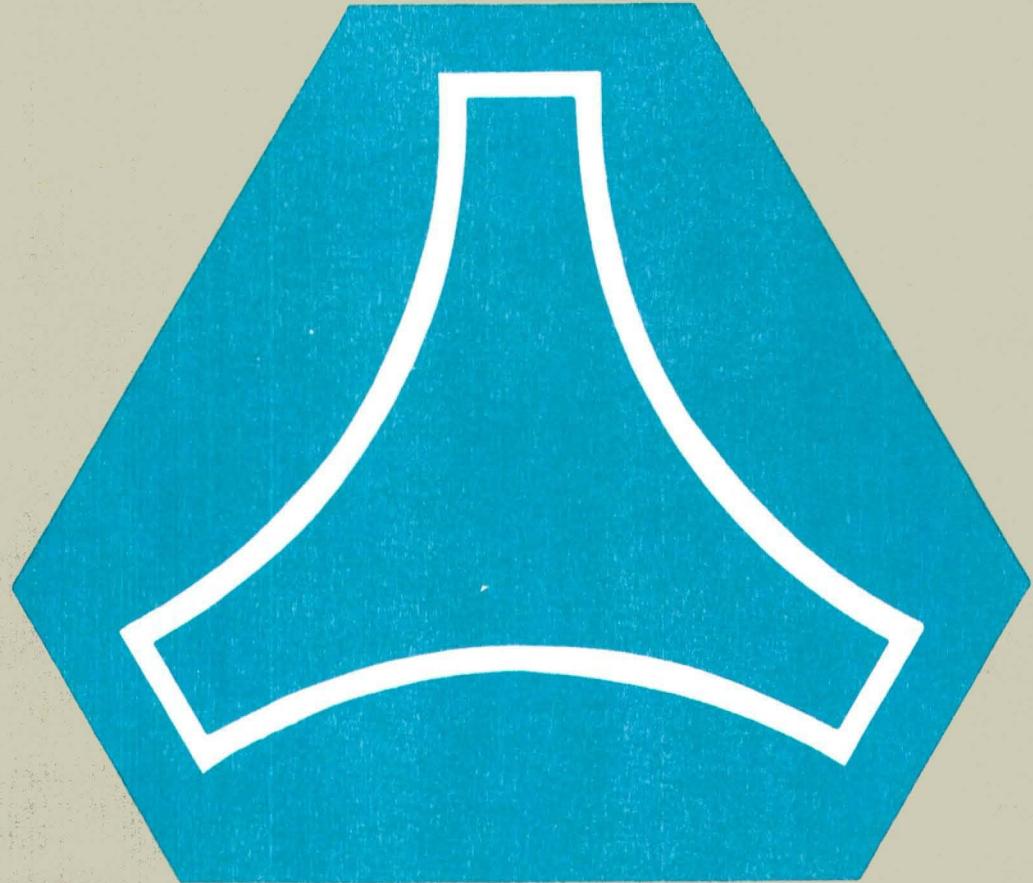
- 5 -

| | S | S |
|--|----------------------|-----------------------|
| Forderung an den Bund auf Kostenersatzzahlungen am 31. Dezember 1974 | 108,495.759,76 | |
| Kostenersatzzahlung 1975 noch nicht realisierte Kostenersätze des Bundes | <u>65,000.000,--</u> | 43,495.759,76 |
| | | <u>385,000.000,--</u> |
| | | 428,495.759,76 |
| Kosten des Bauvorhabens im Jahre 1975: | 975,375.625,20 | |
| eigene Einnahmen der Gesellschaft im Jahre 1975 | <u>81,221.290,94</u> | 894,154.334,26 |
| Forderung an den Bund auf Kostenersatzzahlungen am 31. Dezember 1975 | | 1.322,650.094,02 |
| | | ===== |

Die zum Jahresende 1975 für die Weiterführung des Bauvorhabens bereitgestellten Mittel, nämlich Guthaben bei Kreditunternehmungen von rd. S 548,09 Mio, sind im Umlaufvermögen der Gesellschaft ausgewiesen.

1976 09 04

Der Bundesminister:



I A K W

Geschäftsbericht 1975

**Internationales Amtssitz-
und Konferenzzentrum
Wien, Aktiengesellschaft**

Organe

DER AUFSICHTSRAT

Dr. Walter WAIZ, Sektionschef (Vorsitzender)
Dipl.-Ing. Albrecht BEIER, Sektionschef (Vors.-Stellv.)
Dipl.-Ing. Anton SEDA, Stadtbaudirektor (Vors.-Stellv.)
Dipl.-Ing. Karl GRIMME, Obersenatsrat
DDr. Gerald HINTEREGGER, Botschafter (bis 11. Februar 1975)
Dr. Heinrich HORNY, Obersenatsrat
Dkfm. Dr. Thomas KLESTIL, a.o. Gesandter und bev. Minister (ab 11. Februar 1975)
Dipl.-Volksw. Dr. Walter SCHNEIDER, Ministerialrat
Arch. Prof. Dipl.-Ing. Dr. techn. Wilhelm SCHÖBL, Ministerialrat i. R.
Dr. Karl THEUER, Obersenatsrat
Kurt ZELENY, Ministerialrat

DER VORSTAND

Dr. Gerhard PUSCHMANN
Dipl.-Ing. Eduard WACHNER, wirkl. Hofrat
Dipl.-Ing. Franz WEICH, Senatsrat

Geschäftsbericht 1975

Das Projekt

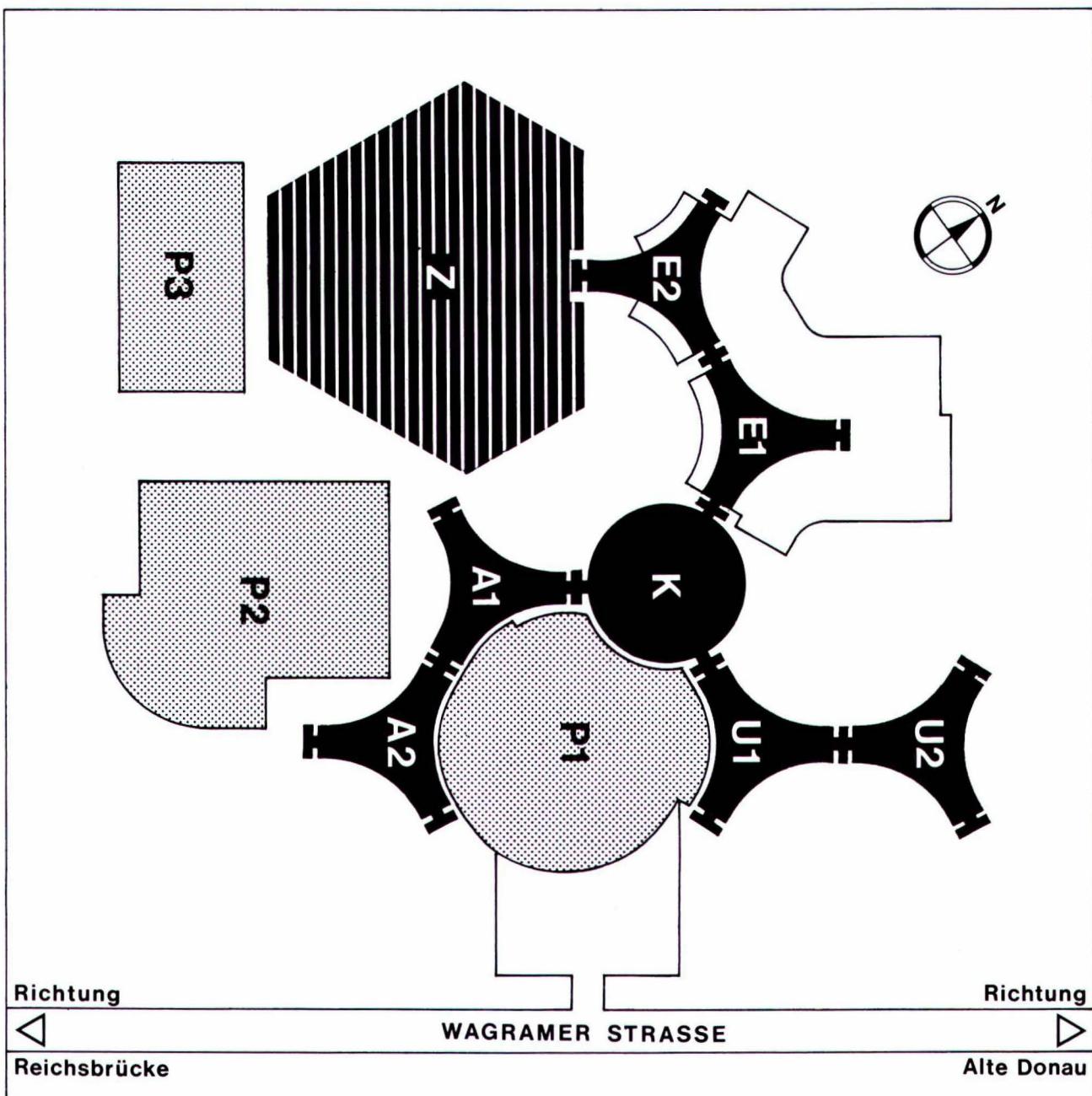
Wer heute von einem der zahlreichen Aussichtsplätze Wiens einen Blick über die Stadt wirft, dem springt die in den letzten drei Jahren neu entstandene Silhouette am linken Donauufer ins Auge. Inmitten eines breiten Grünstreifens gelegen, der sich entlang des Stromes erstreckt, ragen vor dem Hintergrund der Wohnsiedlungen des 21. und 22. Wiener Gemeindebezirkes die Türme eines der bedeutendsten Bauvorhaben des Landes empor: Das Internationale Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien (IAKW), häufig auch als „UNO-City“, „International City“ oder „Donauparkprojekt“ bezeichnet.

Durch dieses Bauvorhaben wird die Tradition der Stadt Wien als Stätte internationaler Konferenzen fortgesetzt. In der Vergangenheit die Hauptstadt eines Großstaates mit entsprechendem ökonomischen und politischen Gewicht, war Wien ein Ort der zwischenstaatlichen Begegnung, wo oft sehr bedeutende Beschlüsse gefaßt wurden. Wurde doch beim Wiener Kongreß, um nur ein Beispiel zu nennen, die Neuordnung Europas nach den Napoleonischen Kriegen beschlossen. Das nachfolgende Jahrhundert hat dem Land eine wechselhafte Entwicklung gebracht und es zu einem Kleinstaat werden lassen. Trotzdem hat Österreich seine Bedeutung und seine gewichtige Stimme nicht verloren, ist internationaler Treffpunkt geblieben und wurde dank des Geschickes seiner Politiker zu einer neutralen Drehscheibe zwischen den Blöcken.

Und genauso wie sich der Stolz und Glanz des ehemaligen Großreiches in den Barockbauten oder später zum letztenmal aufflackernd in den Prunkbauten der Wiener Ringstraße spiegelt, so dokumentiert das Projekt im Donaupark die weltoffene Haltung, die Gastfreundschaft und das Bestreben, völkerverbindend tätig zu sein, die das Land und seine Bewohner auszeichnen.

Als die österreichische Bundesregierung im Dezember 1970 beschloß, das Bauvorhaben nach den Plänen des österreichischen Architekten Johann STABER zu errichten, wurde damit begonnen, ein Versprechen aus dem Jahre 1967 zu realisieren, mit dem die damalige Bundesregierung sich bereit erklärte, für die in Gründung befindliche UNIDO (United Nations Industrial Development Organization) und die bereits seit 1957 in Wien ansässige IAEA (International Atomic Energy Agency) die notwendigen Büros zur Verfügung zu stellen. Beide Organisationen sind bis jetzt in provisorischen Amtssitzen untergebracht und werden nach der Fertigstellung des Projektes zur Jahreswende 1978-1979 in den Donaupark übersiedeln.

Die Objekte des Donauparkprojektes werden auf Kosten der Republik Österreich und der Stadt Wien auf einem von der Stadt Wien bereitgestellten, zwischen Wagramer Straße und



A 1, A 2, U 1, U 2 Amtssitz für Internationale Organisationen
 E 1, E 2 Gemeinsame Einrichtungen
 K Internationales Konferenzgebäude
 P 1, P 2, P 3 Parkdecks
 Z Österreichisches Konferenzzentrum

Donaupark gelegenen Gelände errichtet. Die Stadt Wien hat sich bereit erklärt, neben 35% der Herstellungskosten auch die Verkehrswege im Gelände zu finanzieren. Die Anlage wird als Bundesgebäude im Eigentum der Republik Österreich bleiben und an die Benutzer gegen einen symbolischen Mietzins von S 1,- pro Jahr auf 99 Jahre vermietet werden.

Das architektonische Konzept

Ausgehend von den Zielsetzungen,

- den funktionellen Bedürfnissen internationaler Organisationen zu entsprechen,
 - in ihrer Verwendbarkeit optimal ausgerüstete Büroflächen zu schaffen und
 - die Skyline der Gebäude inmitten eines Grünbereiches liegend dem Stadtbild anzupassen,
- hat der Architekt sich zu einer zweifelsohne höchst interessanten Lösung entschlossen.

Den Funktionsbereichen Büro, Konferenzen und Serviceeinrichtungen wurden einzelne Baukörper zugewiesen, die räumliche Anordnung des geschaffenen Projektes nimmt Bezug auf den umschließenden Grünraum. Ausgehend von einem Sechseck-Raster steht im Mittelpunkt der Anlage ein bewußt niedrig gehaltener, nur 45 m hoher Rundkörper, der Konferenzeinrichtungen beherbergt. Ihn flankieren zwei im Grundriß Y-förmige, 120 m bzw. 100 m hohe Bürotürme, an die sich zwei weitere mit 60 m und 80 m Höhe anschließen. Der Baukörper „Gemeinsame Einrichtungen“ umfaßt zwei im Grundriß ebenfalls Y-förmige, allerdings nahezu gleich hohe Gebäude von 54 m bzw. 58 m, in denen Serviceeinrichtungen, wie Lagerräume, Archive, Druckereien, EDV-Anlage, Restaurant, Telefonzentrale etc. untergebracht sind. Neben diesem „Internationalen Teil“ sieht das Projekt noch die Errichtung eines großen „Österreichischen Konferenzzentrums“ vor, das sich zur Zeit im Vorplanungsstadium befindet und über dessen Größe, Konzeption und Finanzierung noch zu entscheiden sein wird.

Die Amtssitzgebäude weisen durch ihre Gestalt einen im Verhältnis zur Fläche größtmöglichen Umfang auf, wobei die Kupplungsflächen, an denen die Baukörper aneinanderstoßen, möglichst klein gehalten sind. Dadurch wurde erreicht, daß sämtliche Büroräume an der Außenfront liegen und damit tagesbelichtet sind. Lediglich die Verkehrswege (Gänge, Stiegenhäuser und Aufzüge) sowie die Nebenräume (Sanitäranlagen, Teeküchen und Abstellräume) erhalten kein direktes Tageslicht. Im Zentrum eines jeden Turmes sind Personenaufzüge situiert, während Frachtaufzüge und Notstiegenhäuser an den Enden der Y-förmigen Gebäude untergebracht sind. Durch diese Raumauftteilung wird die Gleichwertigkeit der Räume sowie möglichst kurze Wege innerhalb der Geschosse gewährleistet. Die Möglichkeit, im Abstand von 88 cm mobile Wände beliebig versetzen zu können, bietet eine hohe Variabilität in der Gestaltung der Raumgrößen und läßt den späteren Nutzern die Entscheidungsfreiheit, wann immer sie wollen, zwischen Groß- und Kleinbüros wählen zu können.

Die Gebäude werden vollklimatisiert. Im Bürobereich wird in jeder Fensterachse ein Vierleiter-Hochdruckinduktionsgerät aufgestellt werden. Die Versorgung dieser Geräte erfolgt über ein Strangnetz, welches entlang der Fassade verläuft. Die Abluft wird über die Leuchten geführt, die in die Hohlräume der Deckenfertigteile eingehängt sind. Im Innenbereich sind abgehängte Decken vorgesehen, aus welchen dieser Bereich klimatisiert wird.

Da die haustechnischen Versorgungsstränge entweder entlang der Fassade im jeweils darunterliegenden Geschoß bzw. in den Deckenhohlräumen der Gangzone verlaufen, sind die Bürowände von Installationen im wesentlichen freigehalten, wodurch ein späteres Versetzen der Zwischenwände wesentlich erleichtert wird.

Beim kreisförmigen „Internationalen Konferenzgebäude“, das als Zentrum Drehscheibe und Bindeglied zwischen den Bürobereichen und den „Gemeinsamen Einrichtungen“ ist, liegt das Verhältnis zwischen Volumen und Umfang fast genau konträr zu dem bei den Bürogebäuden. Der große Innenraum des Konferenzzentrums beherbergt insgesamt 9 Konferenzsäle, die bei Reihenbestuhlung 1.600 Personen fassen können. Eine zweigeschossige Eingangshalle wird Folgeeinrichtungen, wie Garderobe, Postamt und Bank aufnehmen. Darunter sind Abstell- und Lagerräume sowie haustechnische Anlagen untergebracht. Über der Eingangsebene sind die Säle angeordnet.

Die „Gemeinsamen Einrichtungen“ gleichen in ihrer Form den Bürotürmen — nur ragen sie aus einem treppenförmig abgestuften Unterbau hervor.

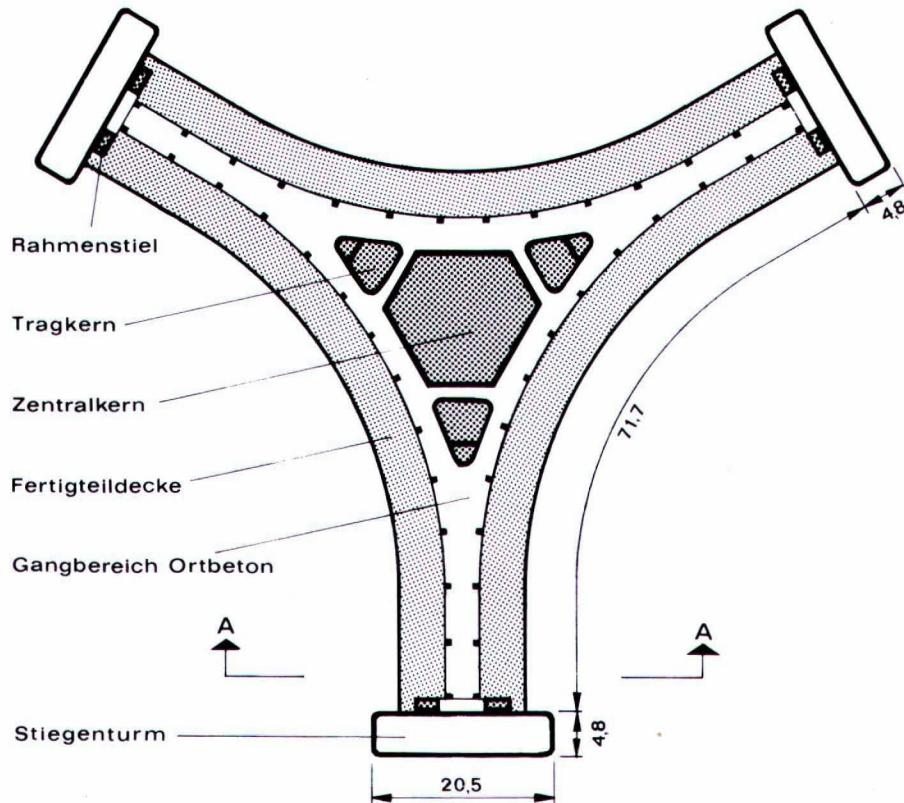
Ein internes Wegesystem mit Hauptanschluß an die Hubertusdammstraße sowie Nebenanschlüssen an die Wagramer Straße und die Arbeiterstrandbadstraße garantiert ein reibungsloses Zu- und Abfahren der Fahrzeuge sowie des Zuliefererverkehrs. Dreigeschossige Parkdecks bieten rund 2.500 Pkws Abstellplatz. Der Anschluß an das öffentliche Verkehrsnetz ist durch die Verbindung zur Wagramer Straße gegeben, weiters ist eine Verlängerung der U-Bahn-Linie 1 über den Praterstern hinaus vorgesehen, wobei eine eigene Station im Bereich der Bürogebäude geplant ist.

Der Bau und seine Durchführung

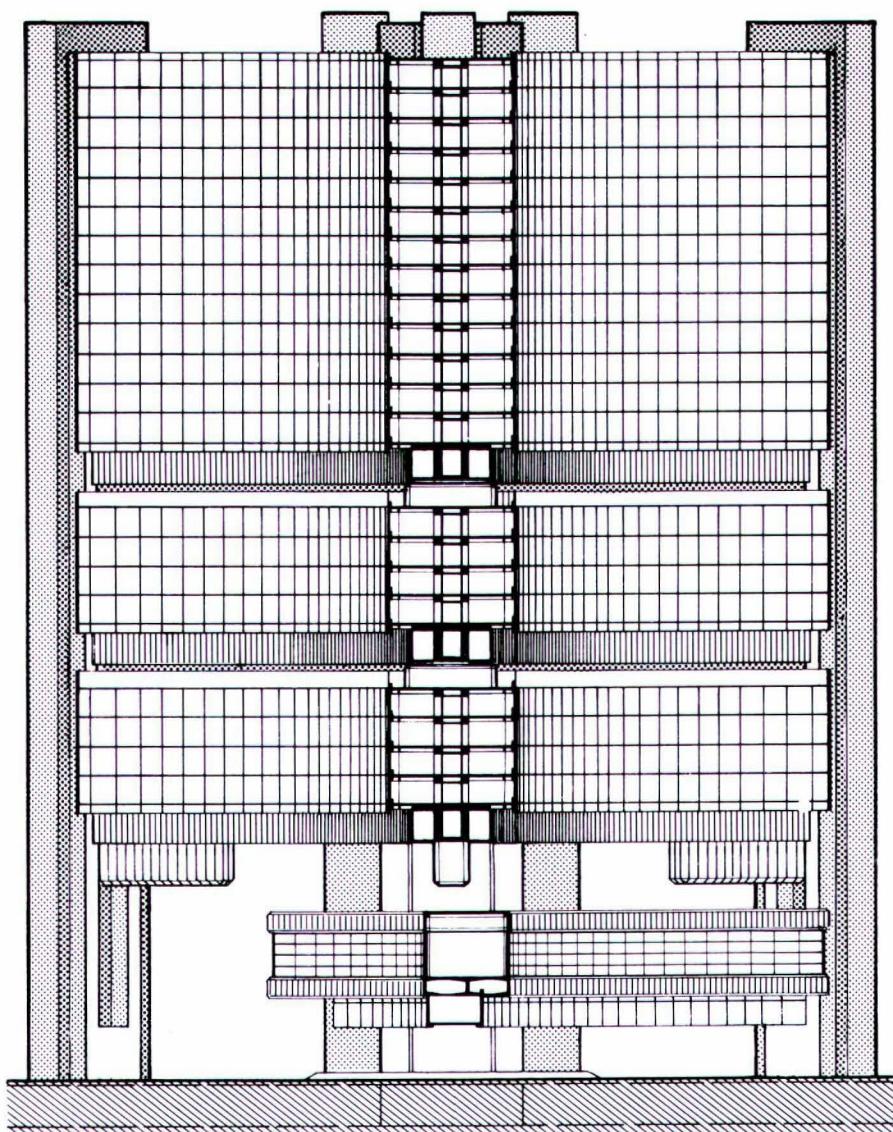
Das Objekt bot die Möglichkeit, nahezu alle modernen Ausführungsmethoden anzuwenden. Tiefgründung mit Schlitzwänden, Gleitbau über lange Zeitspannen mit hohen Betongüten, Spannbeton mit mehreren Systemen sowie die Anwendung von Fertigteilen im großen Umfang sind zusammen mit dem außergewöhnlichen Entwurf des Gebäudes charakteristisch für diese Baustelle.

Die Amtssitzgebäude (A1, A2, U1, U2) erhielten Schlitzwandfundamente mit einer Tiefe von 25 m. An ihrem oberen Ende wurden diese im Geländeniveau durch Platten mit einer Stärke von 3 m bis 4 m verbunden. Es ist dies eine der fortschrittlichsten Arten der Fundamentherstellung, weil die Schächte ohne Pölzung ausgehoben werden können.

GRUNDRISS



SCHNITT A-A, GEBÄUDE A1



Heben eines Traggeschosses

Anschließend wurden die vertikalen Stützkonstruktionen der einzelnen Bürogebäude, die Stiegenhaustürme mit den Rahmenstiele und die Zentralkerne in Gleitbauweise hergestellt. Ein Schalungsgerüst, welches gleichzeitig als Arbeitsbühne dient, wird auf hydraulischem Wege mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von etwa 30 cm pro Stunde hochgezogen. In diese Form wird kontinuierlich die Stahlbewehrung und schnell erhärtender Spezialbeton eingebracht. Die Schalung ist etwa 1,5 m hoch und findet in ihrem unteren Teil an der dort bereits tragfähigen Betonkonstruktion ihren Halt.

Die lotrechten Gebäudelasten werden durch die Tragkerne und die Rahmenstiele getragen. Diese Rahmenstiele sind als Hohlkasten ausgebildet und durch eine Fuge von den Stiegenhaustürmen getrennt. Da ungleiche Setzungen zwischen den Fundamenten der Stiegenhaustürme und der Tragkerne nicht auszuschließen waren und das Tragwerk nur Setzungsdifferenzen bis zu 1,5 cm aufnehmen kann, wurden die Rahmenstiele auf ein Paket von Stahlplatten gelagert und damit die Möglichkeit geschaffen, die Stiele während des Bauvorganges und auch noch nach Fertigstellung des Gebäudes zu heben oder abzusenken. Mit hydraulischen Pressen können diese Rahmenstiele erforderlichenfalls gehoben und so dann durch Einlegen oder Entfernen von einzelnen Stahlplatten die Setzungsdifferenzen ausgeglichen werden.

Die waagrechten Tragkonstruktionen der Gebäude sind brückenähnliche Stahlbetonträger, die sogenannten Traggeschosse. Auf ihnen ruhen bis zu 13 Bürogeschosse (Regelgeschosse). Bei den niedrigeren Gebäuden ist zur Aufnahme der Lasten aus den Büroetagen nur je ein Traggeschoß angeordnet. Die beiden hohen Bürotürme haben hingegen zwei bzw. drei Traggeschosse.

Diese brückenartigen, im Grundriß Y-förmigen Tragwerke sind vorgespannt und mit den Tragkernen und den Rahmenstiele fix verbunden. Ihr Querschnitt ist hohlkastenförmig. Jedes Traggeschoß besteht aus drei gleichen Teilen, wobei ein jedes Drittel rund 1.400 Tonnen wiegt. Sie wurden am Boden betoniert, hochgezogen und verankert. Für das Heben der Traggeschoß-Drittel gelangten 26 hydraulische Heber zur Anwendung, die auf der Dachdecke der Tragkerne und der Stiegenhaustürme angeordnet wurden.

Unter diesen Traggeschossen liegen die Installationsgeschosse für die technischen Einrichtungen.

Die Regelgeschosse bestehen aus einem Ortbetonmittelteil im Gangbereich entlang der Gebäudeachse und aus auskragenden Deckenfertigteilen im Bürobereich, die gegen den Ortbeton angespannt wurden. Die lotrechten Lasten aus den Regelgeschossen werden über Ortbetonstützen auf die Traggeschosse übertragen. Die horizontalen Lasten aus Wind und Erdbeben werden in jedem Geschoß über Gleitlager in die Stiegenhaustürme geleitet.



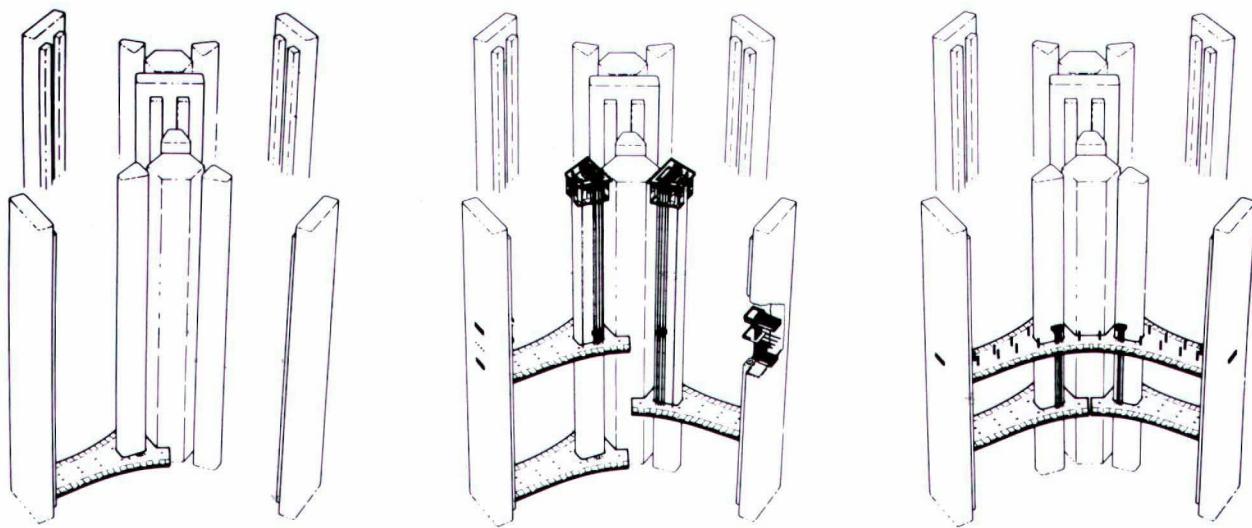
Nach Fertigstellung der Geschosse wurde die Fassade vorgehängt. Diese Außenhaut der Bürogebäude (ca. 40.000 m²) besteht aus Aluminium, rostfreiem Stahl und einer Zweischeibenfixverglasung. 13.920 vorgefertigte Fassadenelemente werden an den auskragenden Zwischengeschoßplatten verankert. Die Fassade selbst hat keine tragende Funktion. Die Elemente werden an der Stirnseite der außen stützenfreien Deckenkonstruktion montiert. Die Lasten werden über entsprechende Anker in die Deckenfertigteile übertragen.

Das kreisförmige „Internationale Konferenzgebäude“ liegt im Zentrum des Projektes. Es ist 56 m hoch, hat 73 m Durchmesser und umfaßt 169.000 m³ umbauten Raum. Auf sechs kreisringförmig angeordneten Stiegenhaustürmen aus Stahlbeton ruht eine auskragende sternförmige Stahlkonstruktion. In der Mitte trägt die Stahlkonstruktion eine 15 m lange und 35 cm starke Hängesäule, an der die Deckenkonstruktionen der beiden Hauptgeschosse verankert sind.

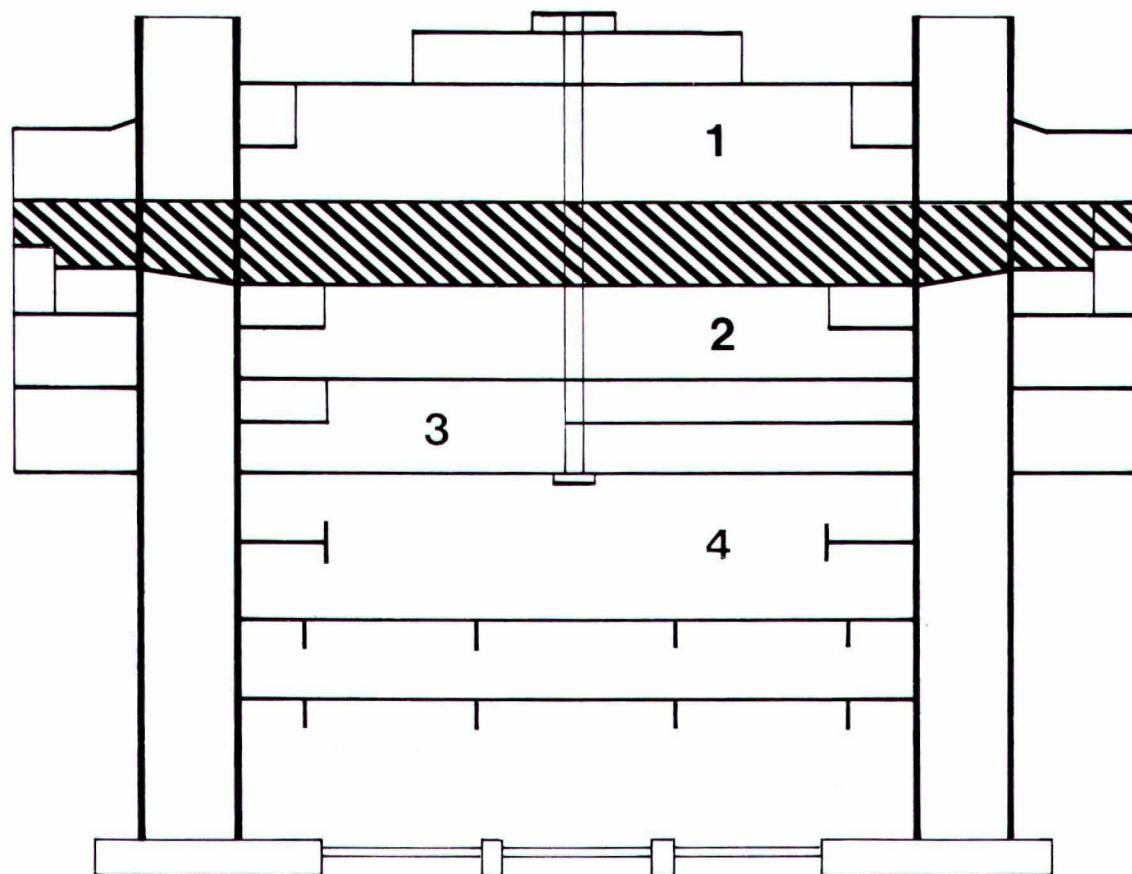
Die haustechnische Ausstattung der Gebäude wird dem modernsten Stand der Technik angepaßt sein. Die Büroräume sowie alle sonstigen Arbeitsbereiche werden vollklimatisiert. Die Wärmeversorgung wird über das Fernheiznetz der Stadt Wien erfolgen. Eine Kältezentrale wird an Ort und Stelle für die notwendige Kühlung sorgen. Die Stromversorgung erfolgt aus dem Hochspannungsnetz der Stadt Wien über eigene Transformatorenstationen. Bei Netzausfall übernehmen Notstromaggregate die Versorgung eines Teils der Beleuchtung und der technischen Anlagen.

An der Wagramer Straße wird ein eigenes Übergabebauwerk errichtet. Die Leitungen für Heiß- und Kaltwasser, Druckluft sowie Starkstrom, Telefon und Fernschreiber werden von dort durch einen eigenen Kollektor — einen 450 Meter langen, drei Meter unter der Erde liegenden Betontunnel — in die einzelnen Gebäude geführt. Der Kollektor ist begehbar, die darin befindlichen Einbauten können daher jederzeit kontrolliert werden.

In der Gebäudegruppe „Gemeinsame Einrichtungen“ wird eine erweiterbare Fernsprechnebenstellenanlage für zunächst 4.000 Teilnehmer errichtet. Für die internen Personen- und Lastentransporte stehen mehr als 50 Aufzüge zur Verfügung. Der Aktentransport wird durch eine eigene Anlage besorgt, die den gesamten Bereich des Internationalen Teiles erfaßt. Außerdem sind Brandmeldeanlagen, Müllabwurfeinrichtungen, eine haustechnische Überwachungsanlage und eine Reihe weiterer technischer Anlagen und Einrichtungen vorgesehen, die dem Standard moderner Verwaltungsgebäude sowie den speziellen Erfordernissen der Internationalen Organisationen entsprechen.



So wurden die Traggeschosse gehoben



Querschnitt durch das „Internationale Konferenzgebäude“

- 1 Konferenzsaalgeschoss
- 2 Gouverneurratssäle
- 3 Konferenzsaal- und Studio-Ebene
- 4 Eingangsebene

Gesamtansicht, von der Donau aus betrachtet

Die Gesellschaft

Nachdem Bund und Stadt Wien übereingekommen waren, die Kostentragung im Verhältnis 65 zu 35 für das Projekt zu übernehmen, mußte die Entscheidung getroffen werden, in welcher Form die beiden Gebietskörperschaften ihre Funktion als Bauherr wahrnehmen würden. Dabei war vor allem zu berücksichtigen, daß beide Partner als Bauträger repräsentiert sein sollten, daß die Finanzierung des Vorhabens nur zu einem geringen Teil direkt aus dem Budget der beiden Körperschaften erfolgen konnte und daß vor allem wegen der Kürze der in Aussicht genommenen Bauzeit eine bewegliche Organisationsform gefunden werden mußte.

Man entschied sich deshalb — nach dem Muster jener Sonderfinanzierungsgesellschaften des Bundes, die sich bei großen Tiefbauvorhaben bereits bewährt hatten — für die Bildung einer Aktiengesellschaft, an der sich entsprechend dem Verhältnis der Kostentragung der Bund und die Stadt Wien beteiligten. Diese Gesellschaft wurde am 3. Mai 1971 gegründet und erhielt den Namen „Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien, Aktiengesellschaft“. Sie wurde mit der Planung, Errichtung, Erhaltung, Verwaltung und Finanzierung des Projektes beauftragt.

Erste Aufgabe der neu gegründeten Firma war es, zunächst die erforderlichen Planungsaufträge zu vergeben und gleichzeitig die Einzelheiten des Projektes im Rahmen der vorhandenen Richtlinien mit den internationalen Organisationen zu verhandeln. Eine vordringliche Aufgabe war es ferner, umgehend eine Gesamtschau des Projektablaufes in terminlicher und kostenmäßiger Sicht zu erhalten.

Man entschloß sich, den eigenen Mitarbeiterstab möglichst klein zu halten und die technisch-geschäftliche Oberleitung, die Baukoordination, Ablaufplanung und die örtliche Bauaufsicht an eine Arbeitsgemeinschaft von drei Ingenieurfirmen zu übertragen.

Mit der Planung für die sogenannte „Haustechnik“ — die Gesamtheit aller maschinen- und elektrotechnischen Anlagen für Heizung, Lüftung, Klimatisierung, Wasserversorgung, Energieverteilung und Notstromversorgung sowie die nachrichtentechnischen und Förderanlagen — wurde eine Planungsfirma beauftragt. Die IAKW behielt sich sämtliche unternehmerischen Entscheidungen sowohl auf technischem als auch auf kaufmännischem Gebiet uneingeschränkt vor. Durch ihre Mitarbeiter nimmt sie an allen von den Auftragnehmern ausgeübten Aktivitäten im Ablauf des Planungs- und Baugeschehens direkt Anteil, so daß Informationen und Überschau in jedem Zeitpunkt des Ablaufes gesichert sind und durch direkte Einflußnahme die unmittelbare Wahrnehmung der Bauherren-Interessen erfolgen kann. Diese Organisationsform hat sich vom Beginn der Planung im Jahre 1971 an bestens bewährt. Der seit Baubeginn im April 1973 erzielte Baufortschritt kann als sichtbarer Beweis für die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges gelten.



„Internationales Konferenzgebäude“
Montage der Hängesäule

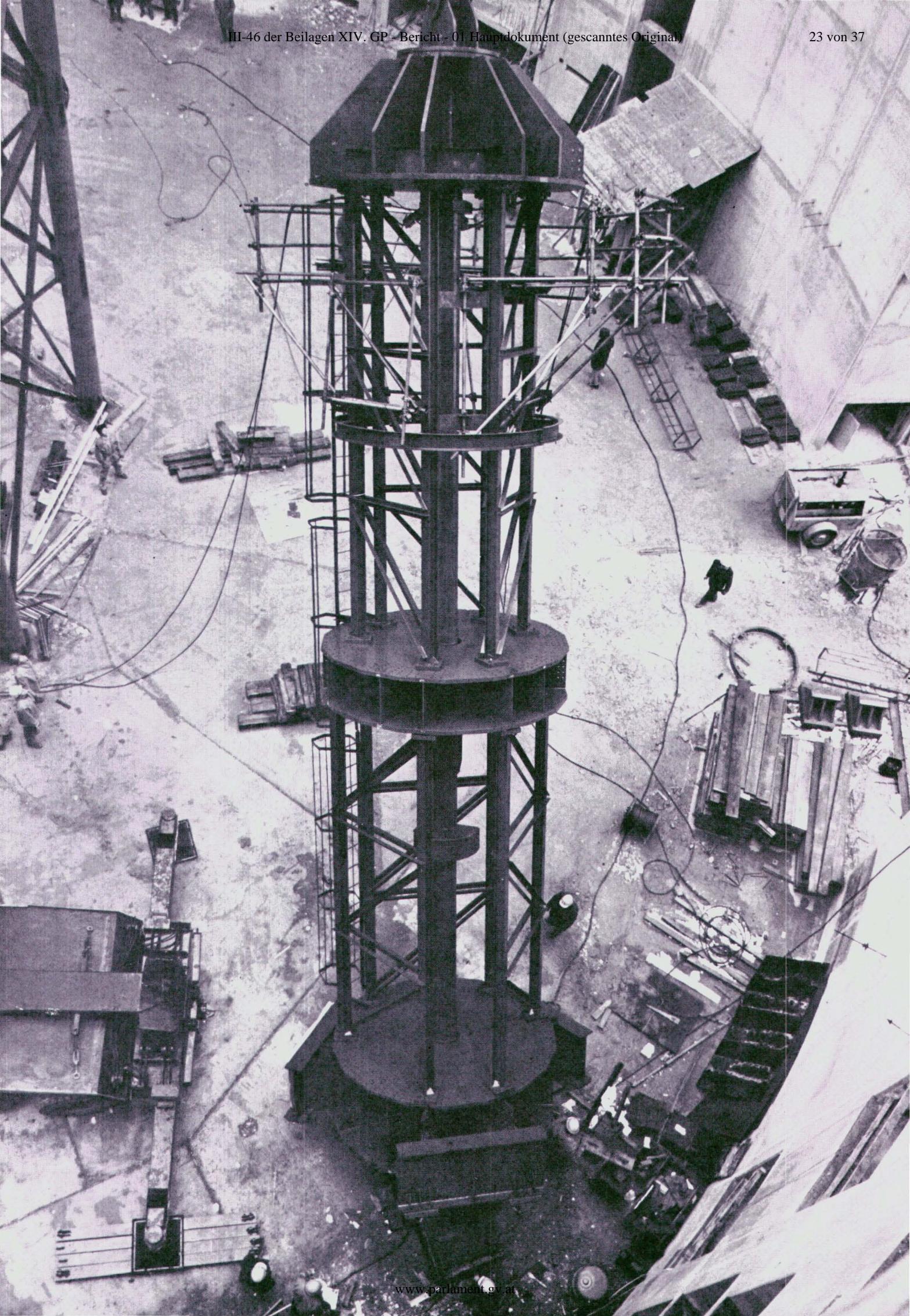
Die Kosten

Wie bei vielen staatlichen Großprojekten, bei denen die Kosten mehrere Milliarden Schilling betragen, steht auch beim Internationalen Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien die öffentliche Hand vor dem Problem, die Kosten auf einen längeren Zeitraum zu verteilen.

Die Republik Österreich hat seit dem Jahre 1962 ein Finanzierungsmodell für derartige Großprojekte entwickelt, nach welchem die Planung, Errichtung, Erhaltung und Finanzierung von Großbauten an eigens dafür gegründete Aktiengesellschaften übertragen werden, bei denen die Republik Österreich und die beteiligten Bundesländer das Aktienkapital zeichnen. Abgesehen von den Kapitaleinzahlungen und Baukostenzuschüssen der Aktionäre nehmen diese Aktiengesellschaften die für den Bau notwendigen Gelder auf dem in- und ausländischen Kapitalmarkt auf. Der Bund übernimmt für diese Kredite die Haftung als Bürg und Zahler. In einem Zeitraum, der je nach Art der Bauaufgabe maximal 30 Jahre dauert, werden die aufgenommenen Fremdmittel aus verschiedensten Einnahmequellen der Aktiengesellschaft zurückgezahlt. Dadurch wird erreicht, daß bei diesen für Österreich wichtigen Projekten die Baukosten auf einen wirtschaftlich vertretbaren Zeitraum verteilt werden können und nicht während der relativ kurzen Bauzeit aufgebracht werden müssen.

Die geschätzten Gesamtkosten setzen sich folgendermaßen zusammen:

| | |
|--|---------------|
| Baukosten des Internationalen Teiles (ohne das später zu errichtende Österreichische Konferenzzentrum) auf Preisbasis 1974 | 5.400 Mio. S |
| Voraussichtliche Preissteigerungen bis Bauende im Jahre 1978 | 1.200 Mio. S |
| Gesamtbaukosten daher voraussichtlich | 6.600 Mio. S |
| Kreditzinsen sowie Kredit- und Verwaltungskosten während der Bauzeit 1971—1978 | 1.400 Mio. S |
| Gesamtgeldbedarf von 1971—1978 | 8.000 Mio. S |
| Kreditzinsen sowie Kredit- und Verwaltungskosten während des Tilgungszeitraumes 1979—1992 | 4.800 Mio. S |
| Gesamtkosten des Projektes | 12.800 Mio. S |





Blick auf das
„Internationale Konferenzgebäude“

Bericht des Vorstandes

Allgemeines

Die „Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien, Aktiengesellschaft“ (IAKW) wurde am 3. Mai 1971 gegründet und am 5. Mai 1971 unter HRB 12.881 ins Handelsregister beim Handelsgesetzgericht Wien eingetragen. Sie nahm unmittelbar darauf die ihr satzungsgemäß übertragene Tätigkeit auf. Im Anschluß an den Geschäftsbericht über das Geschäftsjahr 1974 wird über die Tätigkeit der Gesellschaft im Geschäftsjahr 1975 wie folgt berichtet:

ORGANE

Der Aufsichtsrat der IAKW bestand im Berichtsjahr aus folgenden Personen:

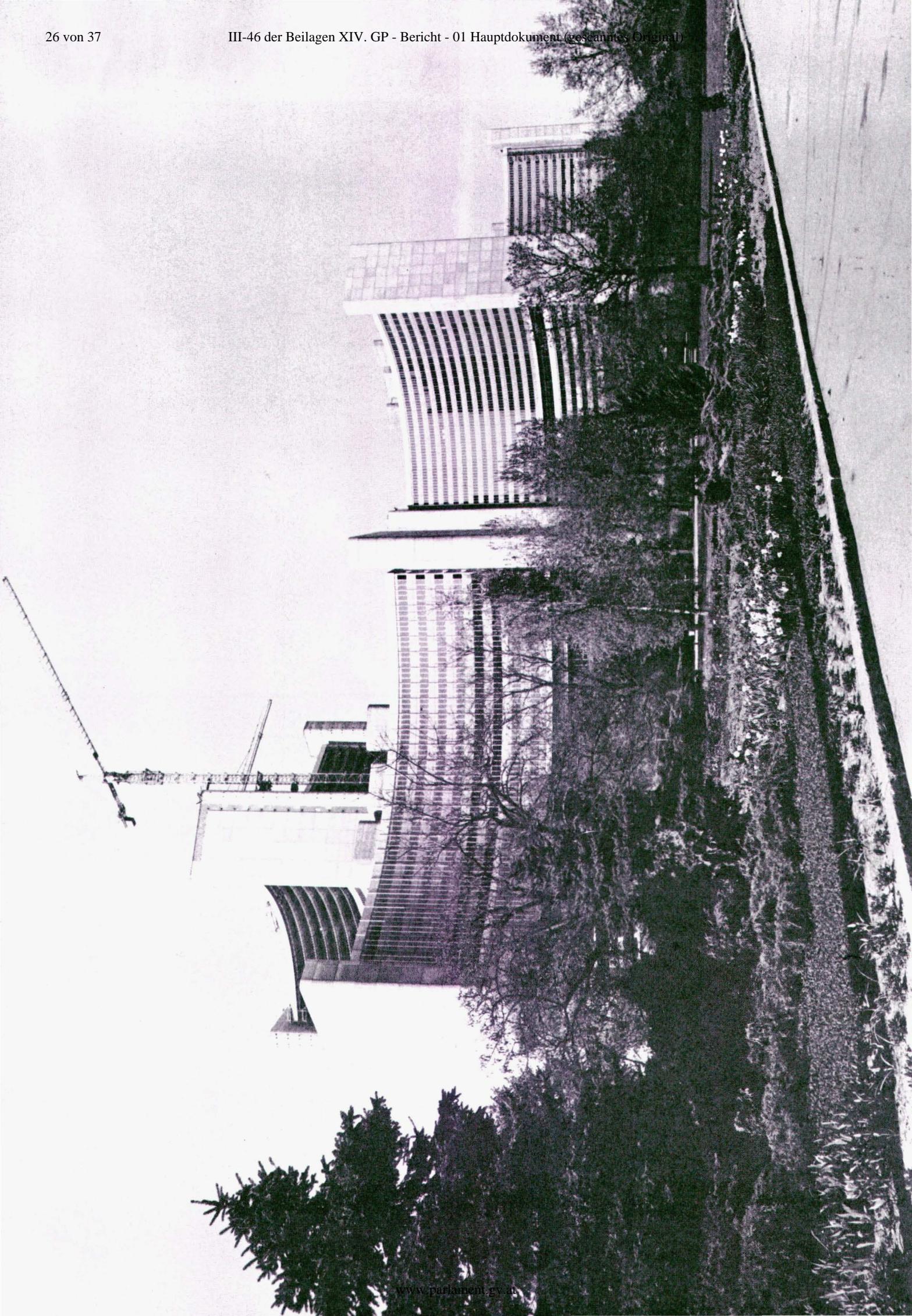
Dr. Walter WAIZ, Sektionschef (Vorsitzender)
Dipl.-Ing. Albrecht BEIER, Sektionschef (Vors.-Stellv.)
Dipl.-Ing. Anton SEDA, Stadtbaudirektor (Vors.-Stellv.)
Dipl.-Ing. Karl GRIMME, Obersenatsrat
DDr. Gerald HINTEREGGER, Botschafter (bis 11. Februar 1975)
Dr. Heinrich HORNY, Obersenatsrat
Dkfm. Dr. Thomas KLESTIL, a.o. Gesandter und bev. Minister (ab 11. Februar 1975)
Dipl.-Volkswirt Dr. Walter SCHNEIDER, Ministerialrat
Arch. Prof. Dipl.-Ing. Dr. techn. Wilhelm SCHÖBL, Ministerialrat i. R.
Dr. Karl THEUER, Obersenatsrat
Kurt ZELENY, Ministerialrat

Zu Vorstandsmitgliedern waren während des gesamten Berichtszeitraumes die Herren

Dr. Gerhard PUSCHMANN
Dipl.-Ing. Eduard WACHNER, wirkl. Hofrat
Dipl.-Ing. Franz WEICH, Senatsrat

bestellt. Ein Vorsitzender des Vorstandes war nicht bestellt.

Mit 2. Mai 1976 schied wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Eduard Wachner aus Altersgründen aus dem Vorstand der Gesellschaft aus. Hofrat Wachner war als Baudirektor der Bundesgebäudeverwaltung I Wien seit 1967 mit dem Projekt befaßt und hatte im Jahre 1971 die Leitung der Hochbauabteilung der Gesellschaft übernommen. Die IAKW verliert mit ihm einen hervorragenden Fachmann, der durch die Anwendung neuer Organisationsformen wesentlich dazu beigetragen hat, den zügigen Ablauf der Baudurchführung zu sichern.



Gesamtansicht

Mit Wirksamkeit ab 3. Mai 1976 besteht der Vorstand nur mehr aus den bisherigen Vorstandsmitgliedern

Dr. Gerhard PUSCHMANN und
Dipl.-Ing. Franz WEICH.

BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DER IAKW

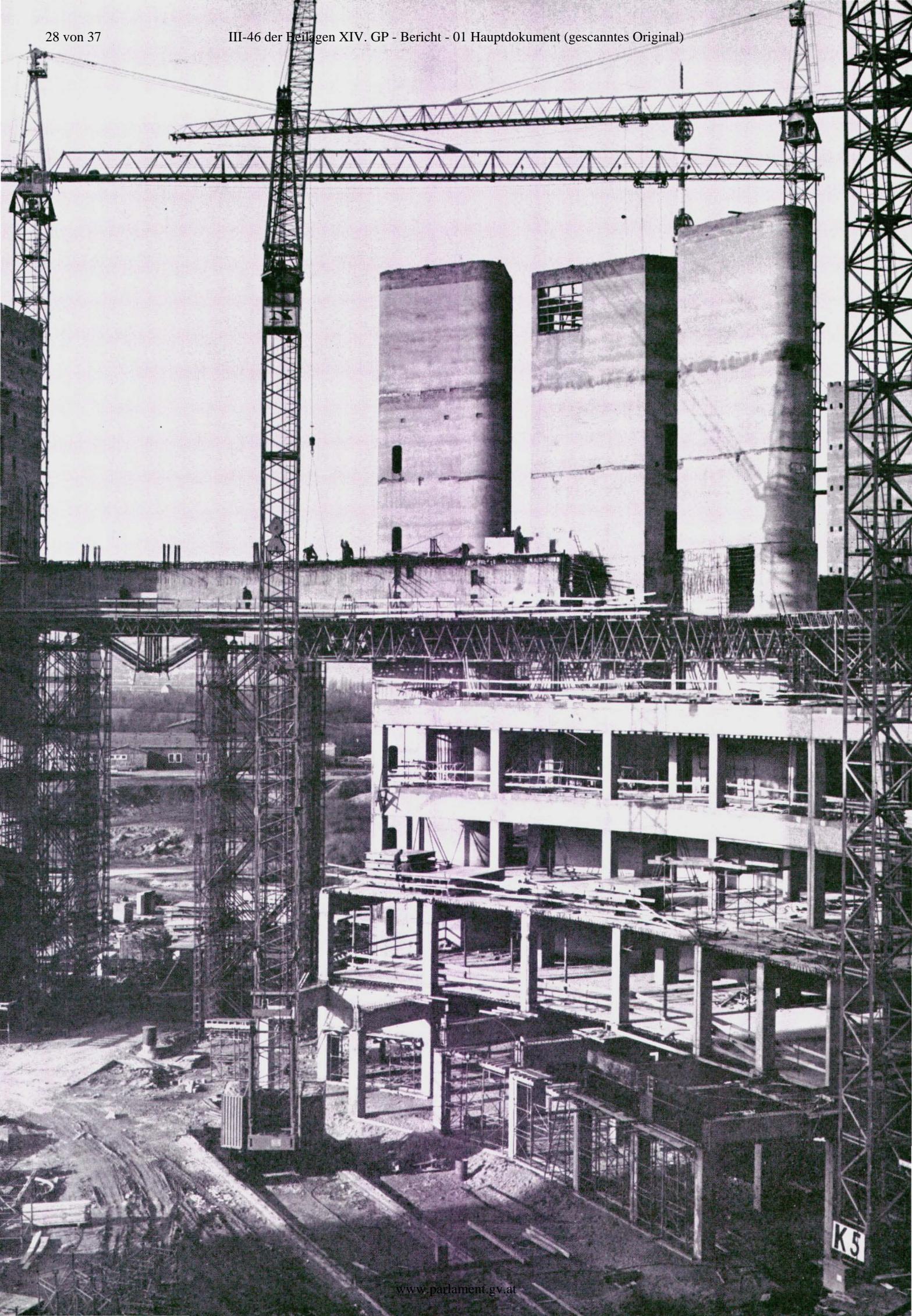
Bei den Amtssitzgebäuden waren die Fundierungsarbeiten im November 1973 abgeschlossen. Anschließend wurde mit den Gleitarbeiten begonnen. Bis zum Frühjahr 1975 war die tragende Konstruktion aller Bürotürme fertiggestellt. Die Fassadenarbeiten sowie die Montage der Betonplattenverkleidung wurden aufgenommen, ebenso die Arbeiten an den haus-technischen Installationen und den Aufzügen. Auch mit den Gewichtsschlosserarbeiten sowie den Arbeiten der Dachdeckung und Dachentwässerung konnte begonnen werden. Zum Jahresende waren alle Regelgeschosse bei den vier Amtssitzgebäuden fertiggestellt. Bis zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichtes war die Fassade bei den Bürotürmen zu ca. 80% montiert. Die Außenverkleidung der Klimazentralen war in Arbeit.

Beim Baukörper „Gemeinsame Einrichtungen“ konnte mit den Fundierungsarbeiten im Juli 1974 begonnen werden. Sie waren im ersten Quartal des Berichtsjahres abgeschlossen. Im April wurde mit den Gleitarbeiten an den Stiegenhaustürmen und Zentralkernen begonnen.

Zum 31. Dezember 1975 standen die Fundierungsarbeiten im Flachbaubereich vor der Fertigstellung. Bei der aufgehenden Konstruktion im Flachbaubereich sowie bei den Einbauten in den Stiegenhaustürmen und Zentralkernen ebenso wie bei der Schalung des Traggeschosses für E2 waren die Arbeiten in vollem Gange. Die Produktion der Tragschoßdeckenfertigteile war angelaufen. Bis zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichtes waren alle Fundierungsarbeiten im Flachbaubereich abgeschlossen, ebenso die Errichtung des Traggeschosses.

Die Arbeiten am „Internationalen Konferenzgebäude“ liefen ebenfalls bisher planmäßig. Nach Fertigstellung der Stiegentürme im November 1974 erfolgte der Einbau der Stahlkonstruktion. Im Berichtszeitraum wurden diese Arbeiten abgeschlossen, ebenso die Betonierungsarbeiten an den Stiegentürmen oberhalb der Stahlkonstruktion. Die Montage der Betonplattenverkleidung sowie die Brandschutzarbeiten wurden aufgenommen, die Fassadenkonstruktion vergeben.

Zum Jahresende waren 80% der Brandschutzarbeiten durchgeführt. Die Wand- und Deckenherstellung innerhalb des Gebäudes, Dachdeckung, Klima- und Aufzugsinstallation



„Gemeinsame Einrichtungen“
Montagearbeiten im Flachbaubereich

sind in Arbeit. Zu Beginn des Jahres 1976 wurde der Innenausbau fortgesetzt, zwei definitive Aufzüge wurden als Bauaufzüge in Betrieb genommen.

Bei den Parkdecks standen die Rohbauarbeiten zum Jahresende 1975 vor der Vergabe. Die Arbeiten an den Fundamenten für die Stützmauer der Parkdecks wurde zu Beginn 1976 aufgenommen und verliefen bisher plangemäß. Die Eishallenersatzbauten werden im Zuge der Herstellung der Parkdecks errichtet.

Beim Übergabebauwerk liefen die Planungsarbeiten wie vorgesehen. Mit den Erdarbeiten konnte im Jänner 1976 begonnen werden. Für die Verkehrsbauwerke waren die Sondierungsbohrungen abgeschlossen. Am Vorentwurfskonzept für die Grünflächenplanung wurde ebenfalls gearbeitet.

Im Jahre 1975 wurden wesentliche Vergaben von haustechnischen Anlagen durchgeführt, und zwar:

die Sanitär- sowie die heiz-, luft- und kühltechnischen Anlagen für die Amtssitzgebäude und das „Internationale Konferenzgebäude“, die starkstromtechnischen Anlagen der Amtssitzgebäude, die Wärme- und Kälteisolierung von Rohrleitungen, die Fassadenbefahranlagen sowie hydraulische Aufzüge in den „Gemeinsamen Einrichtungen“.

Mit den verschiedenen haustechnischen Arbeiten wurde, dem Bauablauf entsprechend, unverzüglich begonnen. Es konnten im Jahre 1975 Abwasserleitungen, Warm- und Kaltwassersteig- sowie Verteilleitungen für die Sanitär- und Klimaanlagen und Luftverteilungen in den Amtssitzgebäuden und im Konferenzgebäude verlegt werden. Für die Starkstrominstallationen wurden Vorarbeiten in Form der Montage von Kabeltrassen durchgeführt. In den Amtssitzgebäuden und im Konferenzgebäude wurden Aufzüge für die Benutzung als Bauaufzüge vorbereitet.

Die luft-, heiz- und kühltechnischen Anlagen sowie die Sanitäranlagen der „Gemeinsamen Einrichtungen“, die starkstromtechnischen Anlagen des „Internationalen Konferenzgebäudes“ und der „Gemeinsamen Einrichtungen“, die Notstromanlagen sowie die Rolltreppen in den Parkdecks wurden im dritten Quartal, die schwachstromtechnischen Anlagen und die Regelungsanlagen, ebenso wie die Simultan-Dolmetschanlagen, Projektionsanlagen, Lautsprecheranlagen usw. wurden im vierten Quartal 1975 ausgeschrieben.

Alle Montagearbeiten konnten auch 1976 plangemäß weitergeführt werden. Außerdem wurden bis zur Berichterstellung die luft-, heiz- und kühltechnischen Anlagen bei den „Gemeinsamen Einrichtungen“ sowie die starkstromtechnischen Anlagen für das „Internationale Konferenzgebäude“ und die „Gemeinsamen Einrichtungen“ vergeben.

Erläuterungen zum Jahresabschluß 1975

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 1975

Die im allgemeinen Teil des Geschäftsberichtes dargestellte Aktivität der Gesellschaft führte zu einer weiteren Erhöhung der Bilanzsumme. Die Forderung an den Bund von 1.322,7 Mio. S ist auf die im IAKW-Finanzierungsgesetz festgelegte Verrechnung zurückzuführen und ergibt sich aus den im Berichtsjahr aufgelaufenen Kosten der Bauvorhaben für die Internationalen Organisationen sowie aus außerordentlichen Aufwendungen des Geschäftsjahrs, unter Berücksichtigung der eigenen Einnahmen der Gesellschaft und der für 1974 und 1975 vom Bund noch zu leistenden Zahlungen. Das Anlagevermögen hat sich von rund 433 Mio. S auf 542 Mio. S erhöht. Die Erhöhung ist fast zur Gänze auf höhere Anzahlungen zurückzuführen. Diese stellen entweder verzinsliche Finanzierungsvorlagen dar oder dienen der Preisstabilisierung vergebener Aufträge.

Die im Umlaufvermögen ausgewiesenen flüssigen Mittel betragen rund 548,1 Mio. S und dienen der finanziellen Vorsorge für den Bedarf der ersten Monate des Folgejahres. Entsprechend der Realisierung des Gesamtprojektes ergab sich für die Gesellschaft die Notwendigkeit, Vorleistungen für die Stadt Wien zu erbringen, die erst zu einem späteren Zeitpunkt abgerechnet werden können. Diese Leistungen betragen rund 0,9 Mio. S. Die Forderungen auf Grund von Leistungen an Vertragspartner blieben mit rund 0,4 Mio. S nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahr und betreffen weiterverrechnete Dienstleistungen. Sonstige Forderungen ergaben sich aus Guthaben bei der Finanzbehörde (rund 22,5 Mio. S), weiters aus Darlehen an Dienstnehmer der Gesellschaft (rund 0,1 Mio. S) und aus anderen Verrechnungsposten kurzfristiger Art.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von rund 37,9 Mio. S dienen der laufzeitgerechten Verteilung der Kosten, die im Zusammenhang mit der Aufnahme langfristiger Fremdmittel stehen; weitere Abgrenzungsposten (rund 6,5 Mio. S) stellen eine periodenreine Erfassung von Ertragszinsen, Versicherungsprämien und Aufwandzinsen sicher.

In den Eigenkapitalverhältnissen unserer Gesellschaft (Grundkapital 20 Mio. S, gesetzliche Rücklage 2 Mio. S) haben sich im Berichtsjahr keine Veränderungen ergeben.

Bei den noch nicht realisierten Kostenersätzen des Bundes handelt es sich um jene Zahlungen, die laut IAKW-Finanzierungsgesetz für die Jahre 1974 und 1975 zu leisten waren, der Gesellschaft jedoch erst nach dem Bilanzstichtag zugeflossen sind. Sie sind in gleicher Höhe in der Forderung an den Bund aktiviert.

Die mit rund 3,3 Mio. S ausgewiesenen Rückstellungen enthalten Vorsorgen für allfällige

Steuernachforderungen, ferner Rückstellungen für Abfertigungsansprüche der Mitglieder des Vorstandes und der Angestellten der Gesellschaft, weiters für anfallende Bilanzgelder sowie für die Aufsichtsratvergütungen und für die Kosten der Jahresabschlußprüfung.

Die Erhöhung der Verbindlichkeiten auf rund 1.986,3 Mio. S ist im wesentlichen auf die Aufnahme zweier Anleihen von 60 Mio. DM und 120 Mio. S sowie zweier Kreditaufnahmen von 35 Mio. sfr und 10 Mio. S zurückzuführen. Für sämtliche Fremdmittelaufnahmen hat die Republik Österreich die Haftung als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB übernommen.

Das mit 10 Mio. S ausgewiesene Darlehen des Bundes stammt aus einer Betriebsmittelstärkung des Jahres 1971 und ist erst ab 1977 zu tilgen.

Die Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und -leistungen in Höhe von rund 285,3 Mio. S beziehen sich wie in den Vorjahren vornehmlich auf kurzfristige Schulden an Kontrahenten, die im Zusammenhang mit der Planung und Errichtung der Internationalen Bauvorhaben aufgelaufen sind; in dieser Position sind auch die vertraglich einbehaltenen Haft- und Deckungsrücklässe enthalten.

Die sonstigen Verbindlichkeiten betreffen nur kurzfristige Abgaben, in denen auch die Restschuld aus Umsatzsteuer 1975 mit rund 5 Mio. S enthalten ist, sowie diverse Spesenverrechnungen.

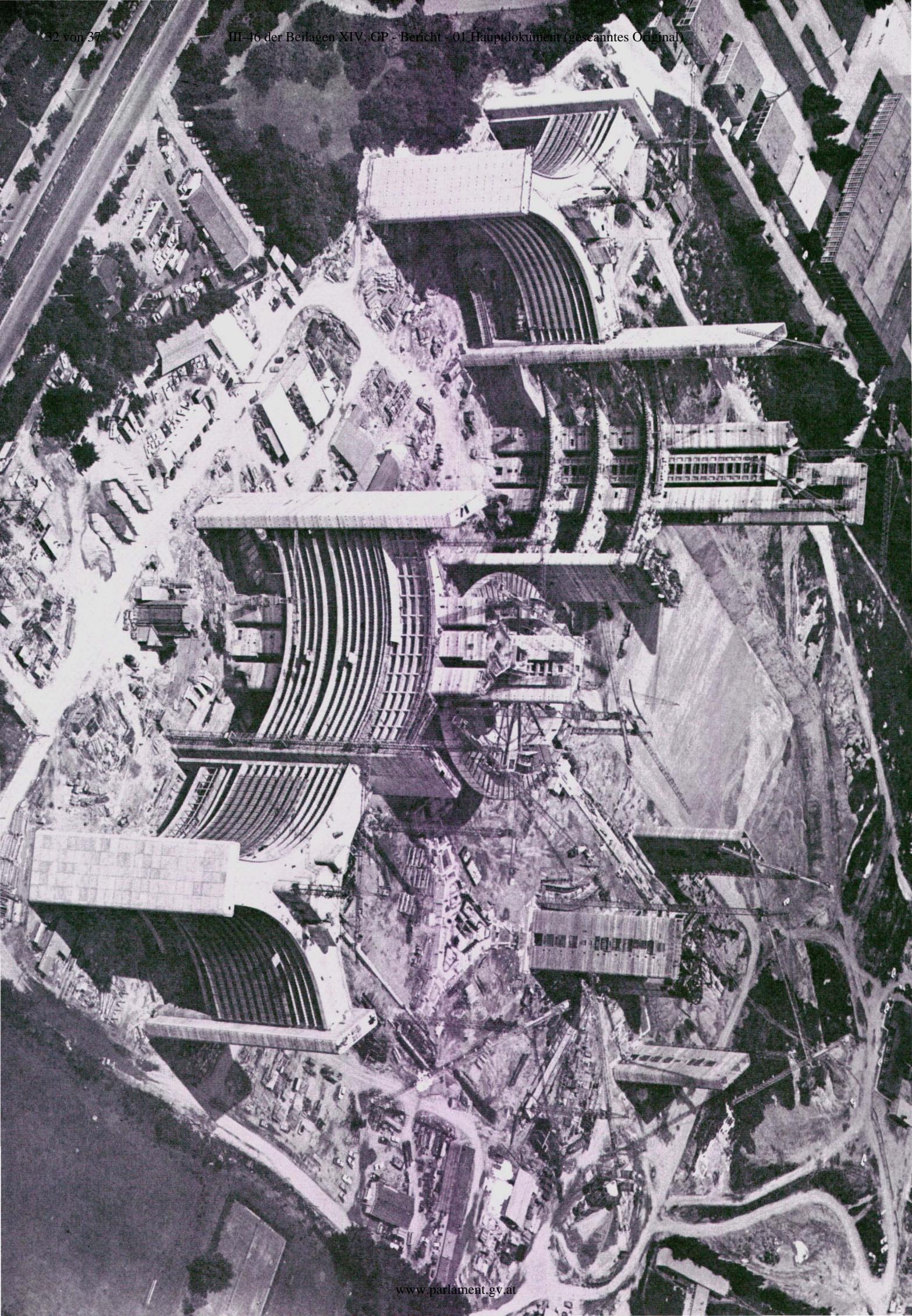
Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten (rund 86,1 Mio. S) dienen der periodengenauen Aufteilung der für die Fremdmittel aufgelaufenen Aufwandszinsen und -spesen. Da die Zinsenverrechnung in der Regel dekursiv erfolgt, war für den das Geschäftsjahr betreffenden Aufwandsanteil eine entsprechende Passivierung vorzunehmen.

Haftungsverhältnisse bestanden am Bilanzstichtag nicht.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG 1975

Der gesamte ordentliche Aufwand der Gesellschaft von rund 136 Mio. S ist — wie in den Vorjahren — auch 1975 wieder ausschließlich durch die Tätigkeit im Rahmen der Planungs- und Bauarbeiten im Zusammenhang mit der Errichtung des Internationalen Amtssitz- und Konferenzzentrums Wien verursacht worden. Die Ausweitung dieser Position ist vor allem auf die im Berichtsjahr angefallenen Finanzierungskosten von rund 119,6 Mio. S zurückzuführen.

Die außerordentlichen Aufwendungen von rund 26,6 Mio. S betreffen mit rund 26,4 Mio. S Währungsverluste. Die sonstigen außerordentlichen Aufwendungen betreffen Kosten



*Luftaufnahme
Freigegeben vom BMfLV mit Zl. 4029 RAbt. B/76*

der Jahresabschlußprüfung 1975, die nicht aus der vorgesehenen Rückstellung gedeckt werden konnten, und den Abgang von Anlagegegenständen.

Die Erträge der Gesellschaft ergaben sich durch Weiterverrechnung von Dienstleistungen verschiedenster Art (rund 9 Mio. S) sowie aus Zwischenveranlagungen von Eigen- und Fremdmitteln. Der Kostenersatz des Bundes (rund 81,4 Mio. S) resultiert aus der Gegenüberstellung der Aufwendungen und Erträge.

Der Personalaufwand ohne soziale Abgaben wird im Berichtsjahr mit rund 8,5 Mio. S ausgewiesen. Die den Rückstellungen zugeführten Abfertigungsvorsorgen für Vorstandsmitglieder und Angestellte, ferner vorgesehene Bilanzgelder sowie das Berichtsjahr betreffende Nachzahlungen sind im vorgenannten Betrag enthalten. Die Vorstandsbezüge belaufen sich im Geschäftsjahr 1975 auf rund 2,35 Mio. S.

Dem Aufsichtsrat wurden im Berichtsjahr S 52.500,- als Sitzungsgelder und S 160.000,- an Jahresvergütungen ausgezahlt. Darüberhinaus wurde in Form einer Rückstellung für die Vergütungen des Geschäftsjahrs 1975 in der Höhe von S 160.000,- Vorsorge getroffen.

Der Personalstand der Gesellschaft betrug am 31. Dezember 1975 einschließlich Vorstandsmitgliedern 37 Personen.

Schlußbemerkung

Wenn auch die modernsten technischen Hilfsmittel bei der Planung dieses Großbauvorhabens herangezogen wurden, so sei an dieser Stelle doch festgehalten, daß all diese Technik stets nur ein Hilfsmittel für die am Bauvorhaben beteiligten Menschen sein kann. Die bisherigen Planungen, Bauvorbereitungen und Bauarbeiten haben bewiesen, wie groß die Leistungsfähigkeit und wie hoch die Arbeitsmoral aller an diesem großen Werk Beteiligten ist. Der Vorstand möchte daher die Gelegenheit dieser Berichterstattung dazu benützen, um allen Mitgliedern des Aufsichtsrates, allen Mitarbeitern sowie den Konsulenten und Auftragnehmern für die geleistete Arbeit zu danken.

Der Vorstand

Puschmann
e.h.

Weich
e.h.

Wien, am 21. Mai 1976



Bericht des Aufsichtsrates

Der Vorstand hat während des Geschäftsjahres 1975 den Aufsichtsrat über alle wichtigen Vorgänge und über die Entwicklung der Gesellschaft unterrichtet. Dadurch konnte der Aufsichtsrat die ihm obliegenden Aufgaben wahrnehmen und sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsgebarung und des vorliegenden Jahresabschlusses überzeugen. Das abschließende Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichtes hat zu keinerlei Beanstandung Anlaß gegeben.

Der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht des Vorstandes, soweit dieser den Jahresabschluß erläutert, wurde von Dkfm. Abel und Prof. Falkenberg geprüft. Diese Prüfung ergab ebenfalls keinen Anlaß zu einer Beanstandung, so daß Dkfm. Abel und Prof. Falkenberg dem Jahresabschluß 1975 den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilen konnten.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluß und den Geschäftsbericht geprüft und nimmt auch den Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfer zustimmend zur Kenntnis. Der Aufsichtsrat billigt den Jahresabschluß zum 31. Dezember 1975, womit dieser im Sinne des § 125 Abs. 3 des Aktiengesetzes 1965 festgestellt ist.

Im Berichtsjahr fanden 8 Aufsichtsrat-
6 Bauausschuß-
2 Finanzausschuß-Sitzungen
statt.

Der Aufsichtsrat möchte bei dieser Gelegenheit dem mit 2. Mai 1976 ausgeschiedenen Vorstandsmitglied wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Eduard WACHNER seinen Dank aussprechen. Herr Hofrat Wachner hat sich stets für das Projekt eingesetzt und durch sein Geschick und seine jahrzehntelange Erfahrung wesentlich zu den bisherigen Erfolgen der Gesellschaft beigetragen.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates

Waiz e.h.

Wien, am 26. Mai 1976

Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien, Aktiengesellschaft

1223 Wien, Wagramer Straße 23

| AKTIVA | BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 1975 | | | | | | PASSIVA |
|--|------------------------------|------------------|------------------|------------------------------|---------------------|------------------|------------------|
| A) Forderung an den Bund gemäß § 2 (3) IAKW-Finanzierungsgesetz (BG. v. 27. 4. 1972, BGBl. Nr. 150 i.d.g.F.) | | | | | | | S |
| B) Andere Aktivposten | | | | | | | 1.322,650.094,02 |
| I. Anlagevermögen | Stand 1974 S | Zugang 1975 S | Umbuchung 1975 S | Abgang 1975 S | Abschreibung 1975 S | Stand 1975 S | |
| 1. Informationsgebäude | —,— | 190.450,76 | + 1.180.837,89 | —,— | 205.693,65 | 1.165.595,— | |
| 2. Adaptierungen in fremden Gebäuden (Gesellschaftsgebäude) | 603.397,— | 60.263,12 | —,— | —,— | 78.567,12 | 585.093,— | |
| 3. Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung | 1.122.482,25 | 807.470,98 | —,— | 24.806,— | 313.916,23 | 1.591.231,— | |
| 4. Im Bau befindliche Anlagen | | | | | | | |
| a) Bauvorhaben für Internationale Organisationen | —,— | 948.778.540,73 | —,— | 948.778.540,73 ¹⁾ | —,— | —,— | |
| b) eigene Objekte | 1.180.837,89 | —,— | —1.180.837,89 | —,— | —,— | —,— | |
| 5. Anzahlungen für Anlagen | 430.495.668,35 | 634.749.141,38 | —,— | 526.387.000,— | —,— | 538.857.809,73 | |
| | 433.402.385,49 | 1.584.585.866,97 | ± 1.180.837,89 | 1.475.190.346,73 | 598.177,— | | |
| II. Umlaufvermögen | | | | | | | |
| 1. Vorrat an Betriebsstoffen | | | | | S | 21.512,— | |
| 2. Noch nicht abgerechnete Vorleistungen | | | | | S | 934.985,— | |
| 3. Forderungen auf Grund von Leistungen | | | | | S | 369.630,53 | |
| 4. Forderungen aus Krediten gem. § 80 AktG. | | | | | S | 323.200,— | |
| 5. Kassenbestand, Postscheckguthaben | | | | | S | 761.005,20 | |
| 6. Guthaben bei Kreditunternehmungen | | | | | S | 548.089.924,60 | |
| 7. Sonstige Forderungen | | | | | S | 22.841.236,51 | |
| III. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten | | | | | | 573.341.493,84 | |
| a) Anleihe- und Kreditbeschaffungskosten | | | | | S | 37.949.391,— | |
| b) andere | | | | | S | 6.516.619,59 | |
| | | | | | | 44.466.010,59 | |
| | | | | | | 2.482.657.327,18 | |
| | | | | | | | 2.482.657.327,18 |

1) Aufrechnung mit Zahlungen des Bundes gem. § 2 (3) des IAKW-Finanzierungsgesetzes (BG. v. 27. 4. 1972, BGBl. Nr. 150)

2) Unter Haftung des Bundes gem. § 1357 ABGB

| AUFWENDUNGEN | GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG 1975 | | | ERTRÄGE |
|---|----------------------------------|--------------|----------------|----------------|
| I. Löhne und Gehälter | | S | 8.461.915,02 | |
| II. Soziale Abgaben | | | 1.028.172,91 | |
| III. Abschreibungen auf das Anlagevermögen | | | 598.177,— | |
| IV. Aufwandszinsen | | | 119.591.000,98 | |
| V. Steuern | | | 187.634,— | |
| VI. Sonstige Aufwendungen | | | 6.116.527,43 | |
| VII. Außerordentliche Aufwendungen | | | | |
| a) Umwertung von Fremdwährungsverbindlichkeiten | S | 26.443.135,— | | |
| b) sonstige | S | 153.949,47 | | |
| | | | 26.597.084,47 | |
| | | | 162.580.511,81 | |
| | | | | 162.580.511,81 |

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer pflichtgemäßen Prüfung auf Grund der Bücher und Schriften der Gesellschaft sowie der vom Vorstand ermittelten Aufklärungen und Nachweise entsprechen die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht, soweit er den Jahresabschluß erläutert, den gesetzlichen Bestimmungen.

Wien, am 24. Mai 1976

Dktm. A. Abel e.h.
Beeideter Wirtschaftsprüfer
und Steuerberater

Prof. H. Falkenberg e.h.
Beeideter Wirtschaftsprüfer
und Steuerberater

INTERNATIONALES AMTSSITZ- UND KONFERENZZENTRUM WIEN, AKTIENGESELLSCHAFT

Der Vorstand

Dr. Puschmann e. h. Dipl.-Ing. Weich e. h.

ERTRÄGE

S
81.359.220,00
9.071.023,66

72.150.267,66

162.580.511,81

